



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung des Ausschusses für
Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 13.06.2017, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 09.05.2017
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Diskussion Konzeptfortschreibung Familiengarten - Entwurfsstand 13.04.2017
 - 7.2. Information zum Stadtradeln 2017
 - 7.3. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

TOP 3**Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 27. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 09.05.2017**

Herr Hampel weist darauf hin, dass er in der letzten Sitzung anwesend war und deshalb in der Anwesenheitsliste der Name von Wolfgang Rook durch seinen Namen zu ersetzen ist.

Herr Wolff sagt eine entsprechende Korrektur in der Niederschrift zu.

TOP 4**Feststellung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5**Informationen des Vorsitzenden**

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6**Einwohnerfragestunde****6.1 Einwohner, Fritz-Weineck-Straße, Eberswalde:**

- weist auf den schlechten Zustand des Gehweges in der Eberswalder Straße an der B167 in Finow hin und regt an, zur Sicherung ein Geländer zwischen dem Radweg und der B 167 vorzuhalten

Frau Fellner bittet, im Anschluss an die Sitzung Frau Köhler eine genaue Beschreibung des Standortes zu geben.

- informiert, dass die Wegeverbindung zur sogenannten „Kuno-Treppe“ im Wohngebiet Finow Ost, im unteren Teil von der Fritz-Weineck-Straße auf die Eberswalder Straße führend, am Übergang zur B 167, erhebliche Schäden aufweist und nicht mit dem Rad oder einem Rollator befahrbar ist

- berichtet, dass 2 von den Platten des um den Spielplatz führenden Gehweges, der im Zuge der Sanierung des Spielplatzes in der Fritz-Weineck-Straße mit erneuert wurde, nicht ausgetauscht wurden, weil sie zugewachsen sind; er weist darauf hin, dass der Fußweg in der Fritz-Weineck-Straße mit den am Spielplatz entnommenen Gehwegplatten hätte erneuert werden können

- weist darauf hin, dass in der Fritz-Weineck-Straße neue Parkplätze geschaffen wurden und der Anschluss an die Betonfahrbahn mit Grobschotter abgedeckt, aber nicht abgebunden wurde, so dass durch die vorbeifahrenden Kraftfahrzeuge der Splitt auf die parkenden Fahrzeuge geschleudert wird

Frau Fellner informiert, dass es sich bei den vorgenannten Anregungen um Maßnahmen der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) handelt und dass die bereits im öffentlichen Teil der 26. ABPU-Sitzung am 11.04.2017 unter TOP 6.1 getätigten Anregungen an die WHG weitergegeben wurden. Durch die WHG ist die Mitteilung zur Fertigstellung mit entsprechendem Fotomaterial erfolgt, aus der auch erkennbar war, dass die Firma mit der Wiederherstellung des Gehweges beauftragt war und die Umsetzung erfolgte. Frau Fellner bittet den Einwohner, sich bei noch offenen Anfragen direkt an die WHG zu wenden.

- regt an, eine großzügige Lösung für die Konzeptfortschreibung des Familiengartens zu bevorzugen und sie in Form einer zusammenhängenden Überdachung mit der Borsighalle unter Beibehaltung der Konstruktion anzubieten

Frau Fellner nimmt die Anregung entgegen und erläutert das Procedere der Konzeptfortschreibung des Familiengartens.

Herr Wolff schließt die Einwohnerfragestunde um 18:28 Uhr.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Diskussion Konzeptfortschreibung Familiengarten - Entwurfsstand 13.04.2017

Frau Stibane stellt methodische Anmerkungen voran und informiert, dass nach der Vorstellung des Konzeptes um Diskussion und Anregungen gebeten wird, die aufgenommen und in der Sommerpause verarbeitet werden. Die Zeitschiene sieht vor, dass im Juli eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet und diese voraussichtlich im Oktober dieses Jahres in den Gremien vorgelegt wird.

Herr Dr. Lars Scharnholtz, Institut für Neue Industriekultur INIK GmbH, stellt anhand der PowerPoint-Präsentation „Konzeptfortschreibung - Familiengarten Eberswalde“ (**Anlage 2**) das Konzept vor.

Herr Trieloff:

- nimmt Bezug auf seine im öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2017 unter TOP 10.4 gestellte Anfrage und fragt erneut, ob ihm die Studien bzw. Konzepte zur Borsighalle digital zur Verfügung gestellt werden können

Frau Fellner sagt dies zu.

Im Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten, dass sich die Fraktionen grundsätzlich für die Weiterentwicklung des Familiengartens ausgesprochen haben, insbesondere durch die Angebotsweiterung von Attraktionen für Familien und Kinder. Es wird angeregt zu prüfen, ob der Einsatz eines Familiengartenmanagers mit einer Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche und dieser als direkter Angestellter des Familiengartens anstatt der eines externen Unternehmens bevorzugt werden sollte, um den Anreiz der Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Weiter wird aufgeführt, dass die Wirtschaftlichkeit im Konzept nicht ausreichend dargelegt ist, sondern lediglich mit Zieldaten benannt wird, wie beispielsweise die Höhe der zu erwartenden Besucherzahlen und die Weiternutzung von Freiflächen nicht berücksichtigt ist. Das Aufzeigen von Möglichkeiten der Kostenreduzierung für die im Haushalt ausgewiesenen 500.000 Euro wird empfohlen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, den Titel nicht als „Konzeptfortschreibung - Familiengarten Eberswalde“ sondern als Leitbild zu formulieren, weil sich das ursprüngliche Konzept „Landesgartenschau 2002“ nannte und dieses keine Fortschreibung erfahren hat. Es wird darauf hingewiesen, dass die Hundekottüten in der Stadt kostenfrei zur Verfügung stehen und nach dem Konzept aber im Familiengarten zu bezahlen sind und dass die Maßangaben zum Finowkanalmodell in der Konzeptfortschreibung - Familiengarten Eberswalde auf den Seiten 68 und 71 differenzieren. Hier wird eine Überarbeitung der Größenangaben zugesagt, als auch die Überprüfung von Fördermöglichkeiten.

TOP 7.2

Information zum Stadtradeln 2017

Herr Jacob Renner stellt die deutschlandweite Klima-Bündnis-Kampagne anhand der PowerPoint-Präsentation „Eberswalde radelt für ein gutes Klima - Stadtradeln vom 18.06. - 08.07.2017“ vor und regt eine hohe Beteiligung an (**Anlage 3**).

TOP 7.3

Sonstige Informationen

Frau Fellner:

- informiert, dass die Auswertung des Fahrradklima-Test 2016 von dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) (**Anlage 4**) an die Mitglieder und sachkundigen Einwohner vor der Sitzung verteilt wurde. Sie berichtet, dass die Stadt Eberswalde auch Gegenstand der Untersuchung war und die in der Auswertung genannten Kriterien in der Verwaltung thematisiert werden.
- nimmt Bezug auf die für den 16.06.2017 angekündigte Fahrrad-Demo für ein radfreundliches Eberswalde und bekundet das Interesse und die Zustimmung der Verwaltung

- bezieht sich auf die im öffentlichen Teil der 27. Sitzung des ABPU am 09.05.2017 unter TOP 7 gegebenen Information von Frau Leuschner und berichtet, dass bereits Gespräche mit Herrn Schade, zuständiger Leiter und Herrn Günther, Dienststätte Eberswalde, vom Landesbetrieb Straßenwesen (LS) zur Durchführung eines Verkehrssicherheitsaudit geführt und in dem verabredet wurde, dass ein Audit zur Überprüfung der Verkehrssicherheit unter Betrachtung der Gesamtsituation durchgeführt wird; der LS sieht vor, nach Fertigstellung der Planungsunterlagen für die Knotenpunkte Boldtstraße und Kupferhammerweg einschließlich der dazwischenliegenden Strecke Herrn Prof. Stadt von dem unabhängigen Gutachterbüro Heinz + Stadt Ingenieur GmbH zu beauftragen

Frau Köhler:

- nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 26. Sitzung des ABPU am 11.04.2017 unter TOP 9.8 gegebenen Hinweise von Herrn Banaskiewicz, dass die Ampelanlage von Oderberg kommend zur Breite Straße in den Nachtstunden nicht korrekt geschaltet ist und informiert, dass durch den LS die Prüfung vorgenommen wurde mit dem Ergebnis, dass die im Zusammenhang mit der Bahnanlage gesteuerte Lichtsignalanlage voll betriebsbereit ist, sie eine Betriebszeit von 05.00 bis 22.00 Uhr hat und dass durch die aus der Oderberger Straße kommenden Fahrzeuge „Grün“ angefordert wird; weiter führt sie aus, dass in Verbindung mit der Schrankenanlage eine Wartezeit von bis zu 2 Minuten entstehen kann
- bezieht sich auf die im öffentlichen Teil der 27. Sitzung des ABPU am 09.05.2017 unter TOP 9 gestellten Anfragen von Herrn Bohn, ob die Ampelanlage in der Michaelisstraße ausgeschaltet und ob in der Wilhelmstraße vorübergehend eine Fahrbahnmarkierung für Linksabbieger und für Geradeausfahrer/Rechtsabbieger vorgenommen werden kann und informiert, dass die Anfragen an den LS weitergegeben wurden und derzeit geprüft werden
- sie informiert, dass durch den LS die Sperrung der Linksabbiegerspur von der Eisenbahnstraße in Richtung Wilhelmstraße zum EDEKA-Markt aufgehoben wurde

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

Herr Pringal:

- informiert, dass 2 Bäume im Stadtwald hinter der Landesklinik, in der Oderberger Straße 2, umgestürzt sind

Frau Heidenfelder bedankt sich für die präzise Beschreibung und die Übergabe von Fotos. Sie nimmt den Hinweis mit.

Herr Baaz:

- berichtet, dass er von Anwohnern der Mühlenstraße auf einen permanent parkenden roten PKW in der Mühlenstraße 6 aufmerksam gemacht wurde, dieser soll das Abbremsen der auf der Mühlenstraße mit überhöhter Geschwindigkeit durchfahrenden Lastkraftwagen beabsichtigen, verursacht aber damit einen Rückstau und durch das erneute Anfahren eine höhere Lärm- und Abgasbelastung

Die Verwaltung nimmt den Hinweis entgegen.

Herr Bohn:

- fragt nach dem aktuellen Stand der Reparaturen von Straßenschäden auf der Eberswalder Straße, Breite Straße, Freienwalder Straße etc., die in der Verantwortung des LS liegen

Die Verwaltung sagt eine erneute Erinnerung an den LS zu.

Herr Trieloff:

- fragt, ob analog der in der Heinrich-Heine-Straße, Höhe Georg-Herwegh-Straße, eingerichteten befristeten Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h diese auch in den Teilen der umfangreichen Fußgängerquerungen in der Straße (Höhe Bolzplatz) vorgenommen werden kann

Frau Köhler sagt eine Prüfung zu.

- weist darauf hin, dass an der Goethetreppe das Hinweisschild „Silvesterabfälle“ noch nicht entfernt wurde und regt an, für die Silvesternacht einen Behälter und ein Hinweisschild „Silvesterabfälle“ aufzustellen

Frau Heidenfelder sagt dies zu.

Herr Banaskiewicz:

- weist darauf hin, dass die Bankette der Heinrich-Heine-Straße aufgrund der Umleitung zerfahren ist

Frau Fellner sagt eine Prüfung durch das Tiefbauamt zu.

- nimmt Bezug auf die erneute Anfrage von Herrn Bohn und regt an, dass die Bürger durch die Presse informiert werden, dass es sich bei der Beseitigung von Straßenschäden auf der Eberswalder Straße, Breite Straße, Freienwalder Straße etc. um Landesstraßen handelt und in der Zuständigkeit des LS liegen
- fragt an, ob durch die Verwaltung eine Auswertung des Dialog-Displays und der durch das Landesumweltamt vorgenommenen Messungen vorgesehen ist und ob in Folge dessen eine Evaluierung für die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in der Breite Straße vorgenommen wird

Frau Fellner informiert, dass die Auswertung der Messungen des Landesumweltamtes derzeit vom Stadtentwicklungsamt vorgenommen wird, diese sich aber als sehr umfangreich und beschwerlich erweist, weil die Aufzeichnung in Form von Tagesdaten und nicht von Wochen- bzw. Monatsdaten erfasst wurde. Die Auswertung wird sich deshalb auf Beispielwochen begrenzen, eine Präsentation der Auswertung wird für den ABPU zugesagt.

- regt an zu prüfen, ob zur Sicherheit der Schüler auf der Breite Straße eine Fahrbahnmarkierung von „30“ vorgenommen werden kann

Frau Fellner sagt eine Prüfung zu.

Herr Melzow:

- weist darauf hin, dass in der Breite Straße die Radfahrer entgegengesetzt der Fahrbahn fahren und damit ein erhöhter Unfallschwerpunkt gegeben ist; er regt an, Kontrollen durch das Ordnungsamt zu veranlassen

Die Verwaltung sagt die Weitergabe an die Polizei über das Ordnungsamt zu.

Herr Sandow:

- fragt nach dem aktuellen Projektstand der AG Flächennutzungsplan

Frau Fellner informiert, dass die Verwaltung an der Auswertung und Umsetzung der Vorschläge aus der AG Flächennutzungsplan arbeitet und schlägt vor, zusammenhängend über die Ergebnisse nach der Sommerpause im ABPU zu berichten.

- informiert, dass durch den Stadtteilverein Finow derzeit Spendenaufrufe unter anderem für die Gestaltung der Stadteingänge geschaltet sind und fragt, ob die Gestaltung der Stadteingänge in Absprache mit der Verwaltung erfolgt oder ob es ein Einzelprojekt des Stadtteilverein Finow ist

Frau Fellner informiert, dass während ihrer Teilnahme an der Vereinssitzung des Stadtteilvereins Finow e.V. abgesprochen wurde, dass durch die Verwaltung das Konzept der Stadteingänge nochmals geprüft und entsprechend angepasst wird, so dass mit dem von Westen kommend, dem wichtigsten Stadteingang, in Finow als Startprojekt begonnen werden kann. Sie berichtet, dass geplant ist, Fördermittel aus dem „LEADER-Programm“ zu beantragen und dass das Gesamtprojekt nicht wie vorgesehen, über das Fördermittelprogramm EFRE realisiert werden kann. Sie geht dabei auf die zur Haushaltssatzung 2017/2018 geführten Diskussion und der bereits eingestellten Kofinanzierung ein. Der Verein möchte sich dabei gern engagieren; in welcher Art und Weise ist derzeit noch nicht besprochen.

Herr Jede:

- weist darauf hin, dass Strommasten und Masten von Ampelanlagen mit Werbung beklebt sind, die nach den Veranstaltungen nicht entfernt werden und regt an zu prüfen, ob die Veranstalter gegebenenfalls durch einen Hinweis direkt bei der Erteilung einer Sondergenehmigung zur Verantwortung gezogen werden können

Frau Fellner sagt eine Prüfung unter Berücksichtigung von Aufwand und Nutzen zu.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/0478/2017 **Einreicher /**

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Bebauungsplan Nr. 406/1 "Wohnquartier Westend-Center"

Behandlung der Stellungnahmen

Satzungsbeschluss

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Behandlung der Stellungnahmen

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird über die Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“ Stand: 18.01.2017 entsprechend den in der beigefügten Synopse des Stadtentwicklungsamtes vom 25.04.2017 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

2. Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“ der Stadt Eberswalde Stand: 10.05.2017 wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

3. **Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen und die Satzung nach rechtswirksamen Abschluss des städtebaulichen Vertrages über die Erschließung ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10.2

Vorlage: BV/0500/2017 **Einreicher /**

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Bebauungsplan Nr. 123 "Schwärzetal"

Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 a BauGB

Die Änderung des Namens des Bebauungsplanes wird von mehreren Ausschussmitgliedern angeregt, um Irritationen zu vermeiden.

Die Verwaltung sagt dies mit dem nächsten Beschluss zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Aufstellungsbeschluss

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 123 „Schwärzetal“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung beschlossen.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Zum Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 123 „Schwärzetal“ gehören die folgenden Flurstücke:

Gemarkung: Eberswalde, Flur: 1, Flurstück: 1742, 1744, 1745, 1746, 1747, 1748, 1749, 1750, 1751, 1752, 1753, 1754, 1755, 1756, 1757, 1758, 1759, 2620, 2621, 2622, 2623, 674, 698, 839/2.

Das Plangebiet hat eine Größe von 4,10 ha.

Ziel der Planung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Wohngebietsentwicklung mit gesundheitsbezogenen Nutzungen auf dem seit den 1990er Jahren brachliegenden Grundstück zu schaffen. Die Entwicklung auf dem Gelände soll dauerhaft die Lücke in dem perforierten städtebaulichen Umfeld schließen und den Standort hinsichtlich der gesundheits- und medizinverbundenen Nutzungen in Bezug zu dem angrenzenden Werner Forßmann Krankenhaus dauerhaft stärken.

Das städtebauliche Konzept sieht eine auf zwei Baufeldern unterteilte offene Blockrandbebauung mit einer abgestuften Geschossigkeit zwischen 3 und 5 Geschossen vor.

Auf dem nördlichen Teilgebiet ist ein Parkhaus geplant, welches den Stellplatzbedarf der vorgesehenen Wohnbebauung sowie auch des Krankenhauses und der neu geplanten Gesundheitseinrichtungen abdecken soll. Damit soll erreicht werden, ein nahezu autofreies Wohnquartier zu schaffen und somit dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung gerecht zu werden und zugleich eine Wohnqualität ohne Lärm- und Abgasemissionen zu fördern.

Der Übersichtsplan zum beabsichtigten Geltungsbereich (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Auftrag zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB ist durchzuführen.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie über die wesentlichen Auswirkungen der Planung sind ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a Abs. 3 BauGB bekannt zu machen, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll.

TOP 10.3

Vorlage: BV/0494/2017 **Einreicher /**

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

**Erschließungsvertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB
zum Bebauungsplan Nr. 134/2 "Töpferhöfe"**

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt den Inhalt des Erschließungsvertrages zum Bebauungsplan Nr. 134/2 „Töpferhöfe“ mit dem Erschließungsträger, Mark-A. Krüger Bauunternehmung GmbH.

TOP 10.4**Vorlage:** BV/0497/2017**Einreicher /****zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt**Erschließungsvertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB
zum Bebauungsplan Nr. 133 "Barnimhöhe"**Herr Dr. Mai:

- regt an, die Formulierung in dem als Anlage 2 der Beschlussvorlage beigefügten Entwurf des Erschließungsvertrages, Seite 15, § 14 Rechtsnachfolge dahingehend zu prüfen, dass der Vertrag an eventuelle Nachfolger übergeht und ein jeder Rechtsnachfolger damit verpflichtet werden kann

Frau Fellner sagt eine Prüfung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Inhalt des Erschließungsvertrages zur Herstellung der Erschließungsanlagen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 133 „Barnimhöhe“.

TOP 10.5**Vorlage:** BV/0503/2017**Einreicher /****zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und
Gebäudewirtschaft**Basisvariante Waldsportanlage****- Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss**

Frau Fellner informiert, dass die Basisvariante zur Diskussion steht und zur Information die Pakete der möglichen Zusatzvarianten dargestellt werden, um diese während der Sommerpause in den Fraktionen zu diskutieren. Sie führt weiter aus, dass die Verwaltung vorsieht, im September eine Beschlussvorlage vorzulegen, mit der eine Entscheidung zu der Zusatzvariante herbeigeführt werden sollte. Sie erläutert, dass die Verwaltung für Vorschläge aus den Fraktionen offen ist, die einen Gestaltungsspielraum zu den einzelnen Größen der Zusatzvarianten, wie z. B. die Boulderlandschaft, Skateranlage oder Spielplätze ermöglichen und der über den heute vorgelegten Vorschlag hinaus gehen kann.

Herr Dr. Mai:

- regt an zu prüfen, ob Kosten reduziert werden können, in dem durch Eigeninitiative der Sportvereine, aber unter Regie der bauausführenden Firmen, Arbeiten übernommen werden, die unter anderem einer Gewährleistung unterliegen

Herr Pringal:

- regt an, dass die folgend genannten Anforderungen vor der Ausführungsplanung geprüft werden:
 - Z0-Boden bei den Außenanlagen
 - Bauklasse 1,3 für die Stellplätze
 - U_G -Wert von 1,0 W/qm K für die Fenster
 - ein automatisch gesteuerter Lamellenraffstore als Sonnenschutz
 - eine Stahlbetondecke mit Trittschalldämmung (KG 350 Decken)
 - ob der Einbau von T30 Türen oder T90 Türen entsprechend den Anforderung des Brandschutzkonzeptes erforderlich sind
 - ob Fußbodenheizung die richtige Auswahl für ein Funktionsgebäude ist und bittet um eine Darstellung von Vor- und Nachteilen mit Unterlegung von Zahlen
 - ob die Küche als Einbauten förderfähig ist und ob der Einbau von Vereinsmitgliedern übernommen werden kann

Herr Bessel nimmt die Hinweise entgegen und sagt eine Prüfung vor der Erstellung der Ausführungsplanung zu.

Herr Grohs:

- weist darauf hin, dass es auf der Seite 4, Punkt 2 „Änderungen gegenüber der Vorplanung“ im ersten Satz das Wort „Ausführungsplanung“ durch „Entwurfsplanung“ zu ersetzen ist

Die Verwaltung nimmt den Hinweis entgegen und sagt eine entsprechende Änderung zu.

- weist darauf hin, dass zukünftig eine einheitliche Form in der Bezeichnung der Bietergemeinschaften bei der Ausfertigung der Beschlussvorlagen für die Waldsportanlage gewahrt und deutlich kenntlich gemacht werden sollte, dass es sich um Bietergemeinschaften handelt

Die Verwaltung nimmt den Hinweis entgegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Entwurfsplanung der Basisvariante.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, das Bauvorhaben entsprechend des Entwurfes ausführen zu lassen.

Herr Wolff beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:20 Uhr.

Jürgen Wolff
Vorsitzender des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Jürgen Wolff

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert

- **Ausschussmitglied**
Otto Baaz
Frank Banaskiewicz
Uwe Grohs
Martin Hoeck
Dr. Hans Mai
Jens-Olaf Melzow
Karen Oehler
Roy Pringal
vertreten durch Herrn Trieloff

- **zusätzliches Ausschussmitglied**
Viktor Jede

- **sachkundige Einwohner/innen**
Richard Bloch
Matthias Bohn
Stefan Grohs
Eckhard Hampel
Dr. rer. nat. Siegbert Kusserow
Andreas Reichling
Riccardo Sandow
Karin Wagner
Thomas Walther
Hartmut Wittig
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

- **Dezernent/in**
Anne Fellner
Petra Stibane

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Bodo Heinrich

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Bert Bessel

Katrin Heidenfelder

Heike Köhler

Silke Leuschner

Jacob Renner

zu TOP 7.2

- **Gäste**

Christoph Kohl

zu TOP 10.1 und 10.2

Dr. Lars Scharnholz

zu TOP 7.1

Felix Wackernagel

zu TOP 10.1 und 10.2